

AKTUELL

NATURSCHUTZ

Ökopunktuell zerstören

Raymond Klein

Künftig sollen nicht mehr so viele Biotope zerstört werden. Doch die neu eingeführte Kompensation nach Ökopunkten könnte sich als kontraproduktiv erweisen.

Die Abstimmung über die Reform des Naturschutzgesetzes findet wohl erst Mitte Juni statt – aufgrund des Todes von Camille Gira hat die Chamber beschlossen, die Donnerstagssitzung zu vertagen. Doch als am Mittwoch der Staatssekretär für Umwelt am Rednerpult zusammenbrach, war die Debatte so gut wie abgeschlossen, die Parteien hatten ihre Positionen dargelegt.

Die Reform hat zwei Seiten, eine positive und eine [eher] problematische. Zur ersteren gehören die kleinen und größeren Neuerungen und Verbesserungen, also das, was man von einer grünen Regierungsbeteiligung erwarten darf. Déi Gréng selber bezeichnen das Projet de loi als „kein Allheilmittel, aber (...) ein weiteres wichtiges Puzzle-teil zum Schutz unserer gemeinsamen Lebensgrundlagen“. Auf einer Pressekonferenz am 11. Mai unterstrichen sie, ein Hauptziel sei, den derzeit zu hohen Flächenverbrauch quantitativ und qualitativ einzuschränken. „Dort, wo sich Landverbrauch aber nicht verhindern lässt und Flächen für die weitere Entwicklung des Landes gebraucht werden, wird das neue Gesetz einen doppelten Effekt haben: dass möglichst wenig Landfläche benutzt wird und dass diese ökologisch möglichst wenig wertvoll ist.“

Bäumchen kompensier dich!

Das staatliche Vorkaufsrecht bei Grundstücken in bestimmten Schutzzonen und das Prinzip, dass zerstörte Biotope durch neue ersetzt werden müssen, wurde insbesondere von der Landwirtschaftskammer heftig kritisiert. CSV und ADR griffen die Kritik auf und kündigten an, gegen das Projet de loi zu stimmen. Gegenwind aus dieser Richtung bedeutet im Allgemeinen, dass ein Gesetz einen substanziellen Fortschritt darstellt.

Die problematische Seite der Reform ist in ihrer prinzipiellen Ausrichtung zu sehen: in der technokratischen Logik, mit der Naturzerstörung gemessen und – ohne Beachtung der langen Zeitdauer der involvierten Naturprozesse – „kompensiert“ werden soll.

Hierfür werden sogenannte Ökopunkte eingeführt, eine Art Währung zur Berechnung des Werts von Biotopen. Statt dass, wie bisher, von Fall zu Fall jeweils für angemessen erachtete Kompensationsmaßnahmen festgelegt werden, sollen diese nun wissenschaftlich-objektiv bestimmt werden, so die Vorstellung. Wer Natur zerstört, muss also künftig den Geldwert der entsprechenden Ökopunkte bezahlen – nicht mehr und nicht weniger. Der Staat selber kümmert sich dann darum, mit diesem Geld sinnvolle Kompensationsmaßnahmen zu finanzieren – mit dem gleichen Gegenwert an Ökopunkten.



PIXABAY / THOMASWOITER / CC0

Von den Grünen wird dies als Win-win-Regelung dargestellt: Einerseits sei „sichergestellt, dass nicht mehr ‚irgendwo irgendwas‘ kompensiert wird, andererseits ermögliche es, bei Bauvorhaben „den ökologischen Wert einer Fläche (...) bereits vor Beginn eines Projekts zu berechnen und somit keine Überraschung zu erleben“. Theoretisch führen die Ökopunkte dazu, dass im Falle unvermeidbarer Naturzerstörung die Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen sowohl effizienter als auch einfacher wird.

Doch in der Praxis könnte die Möglichkeit, sich für Naturzerstörung freizukaufen, dazu führen, dass nicht weniger, sondern mehr Biotope plattgemacht werden. Dies haben die zuständigen grünen Ministerien vorgemacht, als sie sich beim Con-tournement von Nidderkäerjeng aus praktischen Gründen für die zerstörerische Trasse entschieden (woxx 1383). Grundsätzlicher stellt sich die Frage, ob eine Eiche, die heute gepflanzt wird, tatsächlich das Verschwinden eines 100- oder gar 1000-jährigen Baumes kompensiert, ja, ob man überhaupt gewachsene Ökosysteme wie vom Reißbrett neu anlegen kann.

Ein Online-Beitrag (woxx.eu/7jahre) geht auf die praktischen Probleme der Ökopunkt-Rechnung ein, mit denen sich der Mouvement écologique befasst hat.

NACHRUF



Camille Gira 1958-2018

Dem Dialog verpflichtet

(rg) - Camille Gira ist tot. Mitten in seiner Rede zum Naturschutzgesetz ist er zusammengebrochen – umgefallen wie eine Eiche im Sturm, wie der grüne Ko-Präsident Christian Kniotek twitterte. Er ist plötzlich nicht mehr da – und vielen, die persönlich mit ihm zu tun hatten, kommt die Frage in den Sinn, wann sie diesem Menschen eigentlich zum ersten Mal begegnet sind.

Beim Autor dieser Zeilen war das im April 1990. Als blutjunger GréngeSpoun-Redakteur suchte er den nicht einmal zwei Jahre älteren angehenden „ersten grünen Bürgermeister“ Luxemburgs in dessen Heimatort Beckerich auf. Das Interview dauerte am Ende so lange, dass es gleich auf zwei GréngeSpoun-Ausgaben verteilt werden musste.

Camille Gira ließ dabei ein ganzes Programm vom Stapel, was er alles in seiner Gemeinde an nachhaltiger Entwicklung realisieren wollte: „Ein (...) wichtiger Punkt ist die Einbeziehung des Umweltschutzes in sämtliche Entscheidungen. Das ist zwar nicht immer einfach, aber es scheint unausweichlich, dass bei allen Aktionen, insbesondere bei großen Projekten, versucht wird, die Auswirkungen auf die Umwelt so weit wie möglich zu minimieren, und dass sogar von verschiedenen Vorhaben einfach abgesehen wird, wenn die Beeinträchtigung der Umwelt zu groß wird.“

Was heute fast selbstverständlich klingt, wurde damals vielfach als grüne Spinnerei abgetan. Nichtsdestoweniger hat Camille Gira, zunächst lokalpolitisch, später dann im Parlament und als Staatssekretär auch auf nationaler Ebene, sein Programm unbeirrt durchgezogen. Auch international, wo er vor allem das Internationale Klimabündnis vorantrieb.

Dabei war er zunächst nicht einmal Mitglied der Grünen.

In dem seit Mitte der 1980er-Jahre schwelenden Flügelkampf bei den Grünen wollten und konnten sich viele ökologisch und lokalpolitisch aktive Politiker*innen nicht festlegen. Immerhin war es vor den Wahlen 1989 gelungen, die konkurrierenden Grünen aus Gap und Glei davon abzuhalten, im Nordbezirk eigene Listen aufzustellen, sodass dort eine einzige, unabhängige Liste „Ökologiste für den Norden“ präsentiert werden konnte – neben Camille Gira und anderen war auch Marco Schanck mit von der Partie. Die Liste erzielte zwar einen Achtungserfolg, für einen Sitz reichte es aber nicht. Mit Blick auf den nächsten Wahltermin 1994 wurde deshalb die Einigungsbewegung innerhalb und außerhalb der grünen Partei(en) vorangetrieben, maßgeblich auch von Camille Gira. Mit Erfolg: Die (wieder-)vereinten Grünen erreichten 1994 erstmals Fraktionsstatus, und der dafür notwendige fünfte Sitz kam aus dem Norden – und wurde von Camille Gira eingenommen.

Anfang der 1990er-Jahre wurde auch der Grundstein für die GréngeSpoun/woxx-Kooperative gelegt, deren Mitglied Camille Gira von Anfang an war. In der Folgezeit stand er dann immer wieder für Interviews und vor allem für Streitgespräche zur Verfügung. Er debattierte mit Leidenschaft, nicht nur zu Umweltthemen. Unser Cover-Bild zeigt ihn bei einer „Streitkultur“-Debatte aus dem Jahre 2000, bei der es (schon damals) um das Thema Schule, Kinderbetreuung und Berufstätigkeit ging. Es folgten Debatten zur Möglichkeit linker Politik, zu Chancen nachhaltiger Energiepolitik und zu der immer drängenderen Frage nach der Vereinbarkeit von Landwirtschaft und nachhaltigem Naturschutz.

Zu genau diesem Thema debattierte Camille Gira auch am vergangenen Mittwoch. Schon 1990, beim eingangs erwähnten Interview, hatte ihn die unversöhnliche Form der Auseinandersetzung gequält: „Da kann ich ein Problem ansprechen, das mir eigentlich seit jeher auf dem Magen liegt und das mir eigentlich nicht ganz verständlich ist. Auch jetzt während der Wahlen [1989 Anm. d. Red.] hat es sich zugespitzt. Es ist der Gegensatz zwischen ökologischer Politik und Landwirtschaft. Ich weiß, dass im Wahlkampf von dieser Seite relativ viel gegen mich gewettert und mit Gerüchten operiert wurde (...). Aber auch in diesem Punkt baue ich auf den Dialog.“

Camille Gira hat diese Angriffe immer wieder argumentativ abzuwehren verstanden, ganz spurlos an ihm vorbeigegangen sind sie aber, wie man nun leider vermuten muss, nicht.